

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Dänzig, das Saar u. Memelgebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Weils Straße 64.

Die schlagfertigste Kampfschrift oder deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Feuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kampf den Brotwucherern!

Die industriellen Unternehmer rufen nach dem Lohnabbau. Das Agrarierum steht nach langem und zähen Kampfe vor der umfassendsten Erhöhung der Getreidepreise und wird die damit gegebene Möglichkeit zum Brotwucher in den nächsten Wochen im ergiebigsten Maße ausnützen.

Der Ruf nach dem Lohnabbau und die Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel heben sich eigentlich gegenseitig auf. Beide Forderungen stehen im offenbaren Gegensatz zu einander, so daß man vermuten sollte, beide Gruppen, industrielle Unternehmer auf der einen, Agrarier auf der anderen Seite, müßten eigentlich einander wild in die Haare fahren. Obwohl sich die Ausbeuter im industriellen wie im landwirtschaftlichen Lager über die Gefährlichkeit ihrer Bestrebungen vollkommen klar sein müssen, denken sie aber gar nicht daran, sich deswegen gegenseitig zu bekämpfen. Sie arbeiten gemeinsam, mit wechselseitiger Unterstützung und zum gemeinsamen Vorteil. Das Ziel ist die gemeinsame Behauptung der politischen und wirtschaftlichen Macht der gesamten bürgerlichen Klasse und die

Knebelung und Auswucherung der Arbeiterklasse.

Eben haben die politischen Söldlinge des Industriekapitals den Agrariern die Gelegenheit zum Brotwucher geschaffen, morgen werden die Agrarier die industriellen Scharfmacher beim Kampf um die Senkung der Löhne unterstützen.

Um diesen gemeinsamen Angriff abzuwehren, hat die unabhängige Fraktion des Reichstages den Versuch gemacht, trotz der durch die Loderung der Zwangswirtschaft verursachten Brotpreiserhöhung den Reallohn zu sichern durch die Herbeiführung einer gesetzlichen Verpflichtung der Unternehmer, einen der Preissteigerung entsprechenden Lohn- oder Gehaltszuschlag zu zahlen. Dieser von unseren Genossen im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages angeregte und dort mit Hilfe der Rechtssozialisten, der Kommunisten und zwei Zentrumsvertretern angenommene Antrag lautet:

„Die Loderung der Zwangswirtschaft mit ihrer Annäherung an die Weltmarktpreise stellt eine außerordentliche Belastung aller Beamten, Arbeiter und Angestellten dar, deren Einkommen nicht aus Goldwerten herrührt. Der Reichstag fordert deshalb die Regierung auf, gesetzliche Bestimmungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen, sowie die Rentempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen.“

Außerdem sind die durch die Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise zu erzielenden Mehrgewinne für die Allgemeinheit sicherzustellen.“

Der Antrag konnte, wie bereits oben bemerkt, im Ausschuss nur zur Annahme gelangen, weil dort auch die Vertreter der christlichen Arbeiterklasse für ihn stimmten. Der Zentrumsabgeordnete Wieber, der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, hatte den Antrag im Ausschuss mitunterscriben. Im Plenum aber stimmte sich die gesamte Bourgeoisie zur

Front der einen reaktionären Masse

und stimmte den Antrag nieder. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften ließen — mit der einzigen Ausnahme des Abg. Tremmel, der für den Antrag stimmte, während der Abg. Wieber sich der Stimme enthielt — ihren eigenen Antrag im Stich und stimmten mit den Feinden der Arbeiterklasse dagegen und für die Erhöhung der Brotpreise. Die zentrumschriftlichen Arbeitervertreter werden sich für diese Haltung vor ihren eigenen Mitgliedern zu verantworten haben. Auch die übrigen sogenannten Arbeiter-, Angestellten- oder Beamtenvertreter in den bürgerlichen Parteien haben ebenfalls ohne Ausnahme gegen den Antrag und den gerechten Schutz der minderbemittelten Bevölkerung und damit für ihre weitere Verelendung gestimmt. An dieser liegt eine erste wichtige

Aufgabe der freien Gewerkschaftsorganisationen vor. Sie werden in den nächsten Wochen durch eine eifrige Propaganda dafür zu sorgen haben, daß die Arbeiter, die Angestellten und Beamten erfahren, was Geistes Knaben ihre Beauftragten im Parlament sind. Unsere Gewerkschaftspressen muß durch aufklärende Artikel für die weiteste Verbreitung dieser Tatsachen sorgen.

Sie kann diese Aufgabe aber nur erfüllen, wenn sie zur Kritik an der Haltung dieser „Arbeiterführer“ sofort positive Ziele hinzufügt, um der gesamten Arbeiterklasse den Weg zur Bekämpfung der drohenden Gefahren zu weisen. Diese Ziele aufzustellen und den

Willen zum gemeinsamen Kampf

zu bekunden, ist die zweite Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung.

Die bevorstehende Brotpreiserhöhung trifft die Gewerkschaftsbewegung in besonderem Maße, denn den Gewerkschaften wird von der Arbeiterklasse die Aufgabe zugewiesen, für die Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten mit ihren Familien zu sorgen. Die Brotpreiserhöhung wird ein allgemeines und sehr fühlbares Sinken des Reallohnes zur Folge haben und die Arbeiterschaft wird von den Gewerkschaften Maßnahmen fordern, die zum mindesten die Wiederherstellung des gegenwärtigen Niveaus bewirken. An allen Ecken und Enden werden Lohnforderungen auftauchen, und jede aus den Massen kommende Lohnforderung ist nicht nur eine Forderung an das Unternehmertum, sondern gleichzeitig eine Forderung an die Unternehmungslust, Kampfesfähigkeit und Geschicklichkeit der Gewerkschaften. Dieser Verpflichtung können die Gewerkschaften am wirksamsten genügen, wenn sie in einer Front den Kampf sofort eröffnen.

Alle tariflichen Abmachungen der Gewerkschaften werden wertlos.

Was das bedeutet, ist zu ersehen aus der gewaltigen Ausdehnung, die das Tarifwesen auf Grund der neueren arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und infolge der zahlenmäßigen wie moralischen Stärkung der Gewerkschaften in den letzten Jahren erfahren hat. Während nach der sechsten erschießenen Tarifstatistik des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung im Jahre 1917 die Arbeitsbedingungen für 905 670 Personen tariflich geregelt waren, betrug die Zahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, die 1919 unter Tarifverträgen arbeiteten, 5 986 475. Das heißt, die übergroße Mehrzahl der industriellen Arbeiter und Angestellten arbeiten unter tarifmäßig gebundener Entlohnung und sie müssen den Zeitpunkt der Revision des Tarifvertrages abwarten, um einen Ausgleich zwischen den steigenden Lebensmittelpreisen und den Löhnen herbeizuführen.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Masse der Arbeiter und Angestellten diese Geduld ausbringt. Sämtlichen bestehenden Tarifgemeinschaften — nach der bereits angeführten Statistik waren es Ende 1919 11 009, — werden von einer Unruhe erfaßt werden, die sich zu einer Gefahr für manches Tarifwerk steigern kann, wenn es nicht gelingt, durch eine allgemeine große Bewegung der Arbeiterklasse, die von den Spitzenorganisationen geführt werden muß, die Unternehmer zu veranlassen, daß sie im Rahmen der Tarifverträge für einen Ausgleich sorgen.

Zahlreiche Kämpfe und Streikigkeiten vor den Tarifinstanzen

sowie vor den Schlichtungsausschüssen werden die Folge der Brotpreiserhöhung sein. Vielleicht besteht für die Regierung, wenn sie beweisen will, daß sie nicht als Regierung gegen die Arbeiterklasse zu gelten hat, hier noch eine Möglichkeit, den durch die Brotpreiserhöhung angerichteten Schaden einigermaßen gut zu

machen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Unternehmertum Schiedsprüchungen von Schlichtungsausschüssen, die im Falle von Lohnforderungen infolge der Preissteigerung zugunsten der Arbeiterschaft entscheiden, ablehnen werden, denn das Unternehmertum hat nicht das mindeste Interesse an der friedlichen Regelung, sondern folgt sogar fast überall den Anweisungen der Zentralinstanzen der Unternehmerverbände, die weitere Lohnsteigerungen strikte verbieten. Die Regierung aber, die immer wieder auf den „Arbeitsfrieden“ hinwirkt, sollte ein gegenteiliges Interesse haben. Darum hat sie hier eingzugreifen, indem sie durch Verordnung die Behörden anweist, daß alle Entscheidungen von Schlichtungsausschüssen, die die Brotpreiserhöhung durch entsprechende Lohn- und Gehaltssteigerung auszugleichen suchen,

für verbindlich zu erklären sind

Der Versuch der Arbeiterklasse, durch Einsetzung des parlamentarischen Einflusses der sozialistischen Parteien die soziale Staatshilfe zugunsten der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten mobil zu machen, ist durch die Ablehnung des sozialistischen Antrages fehlgeschlagen. Die oben aufgestellte Forderung nach einer Verordnung im Sinne unserer Darlegungen ist ein neuer Versuch, den staatlichen Zwang zum Vorteil der Arbeiterschaft anzuwenden. Diese Forderung ist indes jetzt nicht mehr auf parlamentarischem Wege durchzuführen. Ein harter außerparlamentarischer Druck, ausgehend von der Gewerkschaftsbewegung, ist notwendig, um das Gewissen der Regierung zu scharfen.

Daneben muß die entschiedenste Selbsthilfe der Arbeiterorganisationen Platz greifen. Die Gefahr, die von dem parlamentarischen Siege der Bourgeoisie ausgeht, trifft alle Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam. Was wir oben dargelegt haben, geht sie alle im gleichen Maße an. Darum muß die Bewegung

eine gemeinsame Bewegung aller freien Gewerkschaften unter Führung ihrer Spitzenverbände sein.

Die Bourgeoisie hat in geschlossener Front ihre politische Macht ausgenutzt, um den Ring einer neuen Hungerblockade um das Proletariat zu schließen. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben daher sofort zusammenzutreten, um den Kampfslinien der Bourgeoisie die geschlossene Masse der Arbeiterschaft entgegenzuführen. Die bevorstehenden Kämpfe werden nicht alle auf einen Schlag in Erscheinung treten und nicht gemeinsam durchgeführten sein. Die Lage ist in den einzelnen Industriezweigen sehr verschieden, und die Kampfbedingungen sind nicht gleich. Dennoch lassen sich allgemeine Richtlinien für die bevorstehenden Kämpfe aufstellen, die für alle Arbeiterschichten Geltung haben, die vor allem den gemeinsamen Willen der Arbeiterklasse und die absolute Solidarität aller Berufsstände bekunden. In Verbindung mit der Forderung nach Erhöhung der Löhne und Gehälter muß die Forderung nach

Erhöhung der Unterstützung der Erwerbslosen und aller sonstigen Rentempfänger

erhoben werden. Dazu wiederum ist die restlose Erfassung aller Mehrgewinne notwendig, die entstehen durch die Annäherung an die Weltmarktpreise, die steigende innere Geldentwertung mit ihrer Verelendung der Arbeiterklasse und aller übrigen auf feste Bezüge angewiesener Einkommen.

Eine große Aufgabe steht den Gewerkschaften bevor. Und auch die Größe der Aufgabe erfordert das entschlossene gemeinsame und unverzügliche Vorgehen. Die Spitzenorganisationen haben zu zeigen, daß sie wirklich jene Zentralkörperchaften sind, die den Machtwillen der Arbeiterklasse verkörpern und die ihn zum Siege zu führen verstehen.

Arbeiter!

Angestellte!

Beamte!

Erscheint alle in den öffentl. Versammlungen am Dienstag, den 21. Juni

abends 7 Uhr, in folgenden Lokalen:

Voigt-Theater, Badstraße 58
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15
Prachtäle des Ostens, Frankfurter Allee 48

Comenius-Säle, Memeler Straße 67
Kliems Festäle, Hasenheide 13-15

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten: Dr. Herz, Karsten, Buchta, Simon, Goldmann und Seibel

Groß-Berlin

Ein Gedenktag der Sozialdemokratie in Potsdam

So stürmisch und bewegt, wie der Wettergott den gestrigen Sonntag gestaltete, so stürmbewegt ist auch die gegenwärtige Zeit für das Proletariat. Lang und dornenvoll ist der Weg...

Quer durch den Osten Berlins

Im Osten und Südosten der Stadt herrschte am Sonntag vor-mittag lebhafteste Bewegung. Von der Schönhauser Allee aus gingen die Männer, Jugend- und Einzelsäufer auf die lange Strecke von 7200 Meter. Die Staffettenmannschaften der Männer und Jugend hatten unterwegs bei um die Plätze zu kämpfen...

Resultate vom Lauf:

Männerstrecke, 7200 Meter. (25 Läufer, beliebiger Wechsel.) 1. Richte-Ort 17 Min., 17,2 Sek.; 2. Athletik-Sport-Club 17 Min., 17,8 Sek.; 3. Richte-Süd-Ort 17 Min., 44,3 Sek.; 4. Richte 14; 5. Richte 22 - Jagendstrecke, 7200 Meter. (25 Läufer, beliebiger Wechsel.) 1. Richte-Ort 18 Min., 57 Sek.; 2. Richte 2 19 Min., 27 Sek.; 3. Richte 1 + 8 (komb.) 19 Min., 27,2 Sek.; 4. Richte 7 19 Min., 24 Sek.; 5. Richte 10, 7200 Meter. 1. Helms-Richte 19 23 Min., 12 Sek.; 2. Stollenberg-Richte-Süd-Ort 24 Min., 48 Sek.; 3. Richte-Süd-Ort 25 Min., 41 Sek.; 4. Richte-Süd-Ort 25 Min., 18 Sek.; 5. Richte-Süd-Ort 25 Min., 13 Sek. - Frauenstrecke, 3000 Meter. (20 Läuferinnen, beliebiger Wechsel.) 1. Richteberg 2 9 Min., 5 Sek.; 2. Richte 10 9 Min., 5 Sek.; 3. Richte 13 + 14 (komb.) (nur für 10 Läuferinnen) 9 Min., 6,3 Sek. - Mädchenstrecke, 1000 Meter. (25 Läuferinnen, beliebiger Wechsel.) 1. 3 L., u. 3 B. Richte (komb.) 9 Min., 9 Sek. - Richteberg, 2000 Meter. (25 Läufer, beliebiger Wechsel.) 1. Richte 8 8 Min., 14 Sek.; 2. Richte 2 8 Min., 30,2 Sek.; 3. Richte 22 8 Min., 31,6 Sek.; 4. Richte-Treppen 8 Min., 32 Sek.

Der Aufräumar bedürftig

Am Mittwoch voriger Woche wurde der Oberwachmeister Buchholz mit einer Säuhwunde tot aufgefunden. Nach den Veröffentlichungen der 'Roten Fahne' handelt es sich um einen Mord an dem Beamten. Dieser soll erfolgt sein, weil er Gefahr bestand, daß der Wachmeister B. nach seiner bevorstehenden Entlassung der Öffentlichkeit von vorgekommenen Diebstahlsunterstellungen hoher Vorgesetzter Mitteilung gemacht hätte.

Buchholz gehörte der Abteilung J. B. B. an, das heißt einer 'Abteilung zur besonderen Verwendung'. Diese Abteilungen haben wahrscheinlich Gründe, über ihren Dienstbetrieb so wenig wie möglich an die Öffentlichkeit bringen zu lassen. Unglaublich aber ist es, daß man sich nicht scheuen sollte, selbst einen Mord zu diesem Zweck zu begehen. Da die Staatsanwaltschaft den Fall schon kennen soll, darf man ja wohl damit rechnen, daß der Öffentlichkeit die Wahrheit bald mitgeteilt wird. Oder erfordert das Interesse der 'Staatsicherheit', daß der Fall verdunkelt wird?

Der mutmaßliche Raubmord an dem Schlächtermeister und Pferdehändler Otto Habicht, über den wir vor einigen Tagen berichteten, ist noch nicht aufgeklärt. Habicht wurde, wie wir mitteilten, seit dem 21. Mai vermißt und am 4. Juni am Kaiser-Wilhelm-Turm aus der Havel gelandet. Seine Brieftasche mit 20 000 M. und sein Portemonnaie fehlten. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben festgestellt, daß Habicht tatsächlich mit Pferden gehandelt hat. Mehrere Zeugen gegenüber, die ermittelt wurden, hat er noch geäußert, daß er Pferde einkaufen wolle, aber nicht gesagt, wo er das zu tun beabsichtige.

Verzweiflungsstat eines Schauspielers. In seinem Geburtstage vergifteten sich der 23jährige Schauspieler Walter Trautmann-Dycker und seine 24jährige Ehefrau Frieda in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung in der Chausseestraße mit Gas. Beide wurden nach dem Viktoria-Krankenhaus geschafft. Das junge Paar hat die Tat begangen aus Verzweiflung über längere Beschäftigungslosigkeit.

Bei einer Schlägerei schwer verletzt. Sonntag abend gegen 10 Uhr kam es in dem Schauffol von Berghäuser, Krautstraße 54 a, zwischen den Wägen zu einer Schlägerei, in deren Verlauf von Messern und Schlagringen Gebrauch gemacht wurde. Einer der Beteiligten, der 38jährige Arbeiter Karl Gräßling, der in demselben Hause wohnt, trug schwere Kopfverletzungen davon. Er wurde nach der Rettungswache in der Holzmarktstraße gebracht, wo man ihm die ersten Verbände anlegte. Von den beteiligten Tätern wurden drei festgenommen.

Verwaltungsbezirk Neukölln. Die Beratungsstelle für Invaliden und Witwen, Unfall-, Alters- und Armentenempfehlung befindet sich im Rathaus, Berliner Str., Zimmer 296, 2 1/2 Treppen. Sprechzeit täglich von 8 bis 5 Uhr.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Mehrfacher heiter, aber noch kühl und unbeständig, mit geringen Niederschlägen und frischen, nordwestlichen Winden.

Gewerkchaftliches

Ueberstundenfreier in - Oesterreich

Wir entnehmen der Wiener Arbeiter-Zeitung vom 15. Juni, daß die Bankbeamten in Wien und Graz in den Ueberstundenfreier getreten sind, um die seit Kriegsende eingerissene Ueberstundenarbeit zu beenden. Die von der Organisation der Beamten ausgegebene Parole ist: Ueberstundenfrei!

geführt worden, und die Maßnahme selbst findet viel Anklang, so daß ein Auftraggeber einer Großbank 10 000 Kronen für den Widerstandsfonds der Bankbeamten hinterlegte.

Das Verlangen der Bankleitungen von den Beamten nach wie vor Ueberstunden zu leisten, wird deshalb bald überwunden und die Aktion der Angestellten von Erfolg gekrönt sein.

Vielleicht nehmen sich die Berliner Bankbeamten ein Beispiel an dem Vorgehen ihrer Wiener Kollegen. In den Berliner Bankinstituten, insbesondere bei den großen D-Banken, wird seit Jahr und Tag im Uebermaß Ueberstundenarbeit geleistet, ein Standal, der geradezu nach Abhilfe schreit.

Hoffentlich wird das Wiener Vorbild hier nachgeahmt, damit das Ueberstundenwesen bei den Banken verschwindet.

Deutscher Holzarbeiterverband. Nach dem Beschluß des Verbandstages in Hamburg erweitert sich die Tagesordnung der öffentlichen Generalversammlung am Freitag, den 24. Juni 1921. Es sind zu wählen: 7 unbefohlene Vorstandsmitglieder und 7 Ersatzmänner, 5 Mitglieder der Preßkommission und 3 Revisoren. Die Ortsverwaltung.

Parteiveranstaltungen

Montag, 20. Juni

1. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk. Abteilungsleiter heute abend 6 Uhr Materialausgabe bei Mühlhahn. 2. Verwaltungsbereich (Tempelhof, Mariensfeld usw.). Die in der Sonntagsausgabe zum Dienstag, den 21. Juni, unter dem Titel 'Die Bildungsausschüsse aller vier Orte' veröffentlichte Liste der Bildungsausschüsse wird noch bekanntgegeben. 3. Verwaltungsbereich Spandau. 6 Uhr Proklamierung im Zimmer 304 des Rathauses. 4. Bezirk, 3. Verwaltungsbereich (Wedding). Die Abteilungsleiter haben heute von 6 Uhr ab Plakate und Funktionärsausweise von Genossen Spigling, Straßburger Straße 25, vorn 1. Treppe, 1. Aufgang, ab. Gleichzeitig sind die noch fehlenden Adressen von den Funktionären und die Jahresbeiträge anzugeben.

Dienstag, 21. Juni

1. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk. Abend 7 Uhr Bildungsausschuß, Proklamierung des Offens. 2. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk. Die Kuchenschenke des Sängersbundes findet am Dienstag, abend Freitag, den 21. Juni, abend 7 Uhr, bei Treffe, Schreinerstraße 18, statt. Gesangsübungen Genossen willkommen. 3. Verwaltungsbereich. Krankenkassenmitglieder! Von vorn, 10 Uhr bis nachm. 7 Uhr sollen die Wahlen der Ausschüsse für die Ortskrankenkasse Marienbergs und Umgebung stattfinden. Die Gewerkschaftsleiter sind gemeinsam mit den Betriebsräten eine freigelegte Liste aufzustellen. Arbeiter und Parteigenossen! Mann für Mann müßt ihr zur Wahl gehen und eure Stimme für die 2. Höhe der freien Gewerkschaften, abgeben. 4. Verwaltungsbereich (Schöneberg-Friedrichshagen). 8 Uhr sind die Funktionäre aus dem Reichshaus, Zimmer 8, abzugeben. Dort findet um 7 Uhr eine Sitzung der Geschäftsleitung statt, an der der Gruppenleiter teilzunehmen. 5. Verwaltungsbereich (Steglitz, Kottbus, Kladow). Abend 7 1/2 Uhr im Rathhaus, Steglitz. Sitzung der Kommunistischen Kommission. Bezirksleiter, Vertreter der Ortsvereine, kommunale Betriebsleiter müssen erscheinen. 6. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk. Abend 7 Uhr Bezirksfunktionsrat bei Glesche, Kappelerstraße 24. Sämtliche Funktionäre haben dazu Partei- und Gewerkschaftsbuch sowie Kontrolle mitzubringen. 7. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk. Abend 7 Uhr, 153, 154, 155, 156. Wahl der Abteilungsleiter und Kottbus. 8. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk. Der für heute bei Krüger, Grimmstraße, angekündigte Ortsauschüß findet nur für den 131. Bezirk statt. 9. Verwaltungsbereich. Die Generalversammlung findet nicht im Puppen, sondern in der Oberrealschule, Friedrichstraße, statt.

Bereinskalender

Montag, 20. Juni

Neustäd. Zentralverband der Arbeiterkassen und Witwen. Mitgliederversammlung abend 6 Uhr im Lokal Bobbinstraße 57. Gäste willkommen.

Dienstag, 21. Juni

Neustäd. Alle U.S.V.-Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsgeliebten werden dringend ersucht, die Versammlung bei Kuntze, Bobbin, Ecke Kottbusstraße, zu besuchen. Referat über Vorgänge im Verband. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verantwortlich für Politik u. Redaktion: Leo Reichardt, Berlin-Friedrichshagen; für Anzeigenverwaltung, Redaktion und Geschäftsleitung: Robert Heintz, Berlin; für den Inhalt der u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometz, Berlin; für den Inhalt der u. geschäftlichen Mitteilungen: e. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin GZ, Breite Str. 8-9.

Theater und Vergnügungen. Volksbühne, Neues Volks-Theater, Staatstheater, Deutsches Theater, Komische Oper, Berliner Theater, Komödienhaus, etc.

Stoffe für Herren-Anzüge, Damen-Kostüme. Koch & Seeland. Wanzen weg, deren Brut. Damen braun echt Chevr. Schnür- und Spange... nur Mk. 125. Damen schwarz echt Chevr. Spangenschuhe, elegante Form... nur Mk. 88. Herren braun Rindboog-Stiefel, moderne Form... nur Mk. 185. Schuh-Engros-Lager Kaatz. Münzstraße 10, I. Etage.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Branchen-Versammlung der Graveure und Ziselure. Allgemeine Branchenversammlung der Klempner, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen. Wanderkarten. Kleine Anzeigen. Möbel. Werkzeuge und Maschinen. Geld-Verkehr. Kaufgeschäfte.